

ENTWURF - DISKUSSIONSGRUNDLAGE

10 PUNKTE, DIE DIE SICHERHEIT, ORDNUNG UND SAUBERKEIT IN DER STADT VERBESSERN KÖNNEN

EINLEITUNG

In der Vergangenheit und immer wieder auch aktuell kommt es in der Bevölkerung und auch der Stadtvertretung zu Diskussionen und Verbesserungswünschen, denn es wird ein stets gepflegtes und attraktives Erscheinungsbild erwartet. Ebenso sind Besucher, Touristen und Tagesgäste in der Erwartung, dass in einem sensiblen Naturraum mit vielen Schutzgebieten sowie in einem lebenswerten Stadtzentrum wir jederzeit deren und unseren Ansprüchen gerecht werden.

Demgegenüber ist aber weniger bekannt, was RECHTE UND PFLICHTEN der Einwohner, der Eigentümer und weiterer Akteure im öffentlichen Raum betrifft und was wir als Stadt jedes Jahr aufwenden müssen, ein bestimmtes Niveau zu halten oder sogar zu verbessern. Kontrollen der dafür Zuständigen finden dagegen kaum Akzeptanz, vielleicht auch zu wenig statt und Hinweise aus der Bevölkerung gibt es bei Verstößen kaum.

Hierfür ist dieses Papier gedacht, es soll Denk- und Diskussionsanstöße geben und ich möchte als Bürgermeister Gesprächsbereitschaft in alle Richtungen signalisieren. Eine in jeder Hinsicht intakte Stadt einschließlich ihrer attraktiven Umgebung ist nicht nur eine Visitenkarte, sondern auch ein gewisses Kapital der Stadtgesellschaft, denn unsere Unternehmen im Tourismusbereich möchten einerseits profitieren, andererseits bringen Besucher und Gäste auch Einnahmen in die Region und das stärkt den Einzelhandel und rechtfertigt öffentliche Infrastrukturaufwendungen.

Punkt 1: Regiehof

Vorschlag: Der Regiehof wird aufgewertet, aus einer Beseitigungsaufgabe für aktuelle Missstände soll auch ein Hinweis- und Kontrollteam (Bürgerdienst) werden. Dazu ist die Ausstattung hinsichtlich Bekleidung und Ausrüstung so zu gestalten, dass eine Erkennbarkeit und Zuständigkeit zweifelsfrei als STADTBEDIENSTELLE gegeben ist.

Begründung: Der Regiehof ist einerseits die schnelle Eingreiftruppe der Stadt, aber auch der von uns bestellte Dienstleister. Andererseits sollte er nicht dafür da sein, alle Versäumnisse an Stelle der eigentlich Verpflichteten auszubügeln. Der Stadt werden die Kosten aufgebürdet, die andere für sich vermeiden wollen oder die auch nur durch Unachtsamkeit entstehen und eigentlich vermieden werden könnten.

Punkt 2: Rolle des Landkreises / Zuständigkeiten

Vorschlag: Die Öffnungszeiten unseres Wertstoffhofes (Umschlagstation) Am Kamp werden überprüft. Es gibt montags bis freitags keine Öffnungszeiten nach 17.00 Uhr und samstags nur von 09.00 bis 11.00 Uhr. Grünschnitt-Kleinmengen sollten gebührenfrei entgegengenommen werden, Kontrollen in den beiden Monaten, wo ein Verbrennen vom Landkreis (noch) toleriert wird, sollten erheblich verschärft werden.

Begründung: Dem Bürger und legal Entsorgungswilligen sollte wie in anderen Stationen auch, zumindest ein Tag bis 18.00 Uhr und jeden (zweiten) Samstag bis 13.00 Uhr Öffnungszeit angeboten werden. Die Regelung für das Verbrennen von Pflanzenabfall ist unscharf und nicht mehr zeitgemäß. Kompostieren auf eigenen Flächen ist nicht jedem möglich, Bürger möchten auch kostenfrei entsorgen, z.B. für Laub, das auf öffentlichen Flächen anfällt.

Alternativ kann der Landkreis natürlich auch endlich die braune Tonne einführen.

Punkt 3: Anzahl und Standorte der Papierkörbe erneut überprüfen

Vorschlag: Die letzte Überprüfung und Übersicht stammt aus dem Jahre 2014, im gesamten Stadtgebiet werden 375 sogenannte Papierkörbe regelmäßig entleert. Die Diskussion zur Hundesteuer hat gezeigt, dass unser Prinzip am Beginn und Ende sowie in der Mitte jedes Straßenzuges eine Entsorgungsmöglichkeit zu haben, nicht immer als ausreichend angesehen wird. Sollten aus diesem Bedarf heraus Zusatzstandorte festgelegt werden, könnte der entstehende Aufwand im Rahmen der Hundesteuer deckungsfähig gemacht werden.

Begründung: Die letzte Bürgerbeteiligung hat genau einen Hinweis ergeben, die eine Umverteilung der vorhandenen Papierkörbe im Stadtgebiet vorschlug. Gebiete mit höherer Konzentration sollten zugunsten unterversorgter Bereiche ausgedünnt werden, so der Vorschlag. Demgegenüber haben wir am Marktplatz aber dennoch erhöhten Reinigungsaufwand unseres Regiehofes (Reinigungs-kategorie 1) mit jährlich etwa 15.000 EURO wegen weggeworfener Kippen und Kaugummis. Überprüfen und Nachlässigkeit konsequenter und häufiger bestrafen ist nicht einfach, aber notwendig, KONTROLLDRUCK könnte auch von Regiehofmitarbeitern selbst ausgelöst werden.

Punkt 4: Waste - Watcher in Einsatz bringen (noch deutsche Bezeichnung finden)

Vorschlag: Städtische Einsatz- oder Ordnungskräfte oder entsprechend Beauftragte durchstreifen das Stadtgebiet, insbesondere an Schwerpunkten und in der Saison. Das können die Politessen oder Regiehofkräfte, ggf. unter Hinzuziehung der Polizei, sein. Größere Städte haben hier schon entsprechendes Erfahrungswissen, von dem wir profitieren können.

Begründung: Müll am Straßenrand, weggeschmissene Zigarettenkippen, Hundekot sind ein Übel - nicht nur in der Innenstadt, auch an Badestellen oder im Wald. Hier soll mehr aufgeklärt, auch mit Verwarngeld nachgeholfen werden, denn oft kann dann nur von Hand gereinigt oder beseitigt werden. Immer entstehen Kosten im städtischen Haushalt, es entsteht zusätzlicher Verwaltungsaufwand und es entsteht Frust. Es ist zu wünschen, den Verursacher direkt auf Verstöße hinzuweisen und zur Rechtslage aufzuklären.

Punkt 5: Smartphone - App gegen Müllsünder

Vorschlag: Die Verbesserung des Erscheinungsbildes ihrer Stadt liegt vielen Menschen am Herzen, wenige kommen aber deswegen in das Rathaus. Einige nutzen die Möglichkeit von Hinweisen über „Neustrelitz im Bürgerdialog“, niemand zeigt aber seinen direkten Nachbarn an. Über eine Smartphone - App könnten Bürgerinnen und Bürger Fotos von Unrat, kaputten Bänken, überquellenden Papierkörben usw. bequem (auch anonym) direkt an die Einsatzkräfte geben.

Begründung: Anhand der übermittelten Ortsangaben können Einsatzkräfte zeitnah reagieren. Bei wild entsorgtem Müll steigt die Chance, den Verursacher schnell auffindig zu machen. Aus dem Regiehof würde so allmählich aus der schnellen Eingreif- eine Einschreittruppe mit Präventivkraft und besserer Präsenz in der Stadt.

Punkt 6: Sperrung von Wald- und Wirtschaftswegen

Vorschlag: Das allgemeine Befahren bestimmter Gebiete (Beispiel Bürgerheide) wird für Berechtigte aufrechterhalten, andere Verkehre mit Kraftfahrzeugen oder Gespannen (einschließlich Pferdefuhrwerken) wird untersagt, entsprechende Schrankenanlagen und Beschilderungen aufgebaut. Vom Landkreis wird erwartet, das Reitwegenetz mit der Stadt

und Anrainern abzustimmen, festzulegen und auszuweisen. Auch hier muss klar sein, wer kontrollieren darf und das dann auch tut.

Begründung: In entlegenen Stadtbereichen werden Müll, Grünschnitt, PKW-Wracks häufig aufgefunden. Verursacher werden oft nicht gefunden, Zuständigkeiten sind zu klären und die öffentliche Kasse zahlt das Ganze. Dennoch könnten Schranken nur bedingt abhelfen, sie sind auch eine Gefährdung (Zweiräder) und müssten für Flächeneigentümer, Anlieger und Einsatzkräfte durchlässig sein. Von der Stadt unterstützte Müllsammelaktionen der Anlieger verbessern die Situation auch und zeigen Bürgersinn sowie gestärktes Umweltbewusstsein.

Punkt 7: Neue Akzente in der Grünpflege setzen

Vorschlag: Erneut werden unsere Pflegemaßnahmen überprüft und optimiert. Splitterflächen, Bankette und Grünflächen werden - soweit möglich - am Saum gemäht und im Kern den Insekten überlassen. Blühflächen können entstehen und bestimmte Ökozonen festgelegt und - wo nötig - ausgewiesen werden. Stillgelegte Gärten könnten in Blühwiesen verwandelt, unbebautes Bauerwartungsland so zwischengenutzt werden. Unsere Streuobstwiesen können - wo gewünscht - engagierten Bürgern an die Hand gegeben werden, im Schlossgarten werden Patenschaften über Kleinflächen zur Pflege geschlossen.

Begründung: Grünflächen ständig und großflächig kurz zu mähen ist aufwändig und ökologisch fragwürdig, Grünschnitt fällt in großen Mengen an und Arten werden in der Entwicklung gehemmt (Biodiversität stärken!). Das Ortsbild verbessern kann auch anders gehen, aber nur schrittweise und eine Beschäftigungsgesellschaft könnte hier ein breites Betätigungsfeld finden. Im Stadtgebiet fallen aber auch unzureichend gepflegte Privatgrundstücke auf, die Situation kann man eher verbessern, wenn Stadteigentum auch so aussieht, wie es erwartet wird und vorbildlich erscheint.

Punkt 8: Einhaltung der Verkehrsvorschriften durchsetzen

Vorschlag: Unsere Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft der Fußgänger- und Fahrradfreundliche Kommunen, die Zusammenarbeit mit Verkehrswacht und Polizei sowie unser Zusammenspiel mit Baulastträger und Verkehrsbehörden sowie Verkehrsgesellschaften führt zu mehr Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer für das geltende Regelwerk und zu neuen Strategien für Fußgänger (Barrierefreiheit, ÖPNV) und Radfahrer. Verkehrsberuhigung (TEMPO 30, Einschränkung/Wegweisung LKW) erhöht die Lebensqualität im Innenstadtbereich und in den Wohngebieten.

Begründung: Allgemein werden Verkehrsvorschriften nur unzureichend eingehalten, es gibt zahlreiche Beschwerden und unnötige (weil vermeidbare) Unfälle oder Gefahrensituationen. Dies ist oft das zu schnelle Fahren mit Kraftfahrzeugen, deren verbotswidriges Parken (z.B. halb auf dem Gehweg), Fahrräder auf Gehwegen oder verkehrt herum im Kreisverkehr und so weiter.

Punkt 9: Erneut die Straßenreinigungssatzung und die Satzung zum Halten und Führen von Hunden überprüfen und anpassen

Vorschlag: Der ursprüngliche Ansatz einer intensivierten Reinigungsklasse für die Strelitzer oder/und die Schloßstraße wurde deshalb verworfen, weil bis zu 20.000,- Euro jährliche Mehrkosten die Stadtkasse zusätzlich belasten würden. Der Effekt wäre zudem in der Wirkung sehr kleinteilig, das Wildkraut außerdem nicht ausreichend beseitigt. Ebenso würde die Anschaffung eines Spezialfahrzeuges RENAULT TWIZY LIFE MIT SONDERAUFBAU allein 37.000,- EURO Anschaffungs- und weitere Bewirtschaftungskosten nach sich ziehen, was ebenfalls verworfen wurde. Alternativ wollen wir stattdessen ein (elektronunterstütztes) Lastenrad anschaffen, das insbesondere auch auf Plätzen und an Wegen Einsatzvorteile hat.

Flankierend kann eingeführt werden, dass Hundehalter mit Hund ständig ein Gassi-Beutelchen mitführen müssen (mit Kontroll- und Bestrafungsmöglichkeit durch die Verwaltung) und darüber hinaus sollten Stadinfos für Hundehalter erarbeitet werden. Initiiert werden sollte die Anschaffung eines Hunde-Toiletten/Tütenspender-Systems für ausgewählte Standorte in privater Finanzierung (Sponsor), käme dies nicht zustande, kann ggf. auch über eine moderate Erhöhung der Hundesteuer finanziert werden.

Begründung: Allein die Aufstufung der Reinigung im Stadtzentrum verbessert das Gesamtbild der Stadt nicht ausreichend, verursacht aber jährlich Mehrkosten von etwa 50.000,- Euro, mit Spezialfahrzeug verdoppelt sich diese Summe sogar. Dagegen ist ein Nachrüsten von Papierkörben mit Kippenablage im Zentrum mit 1.000,- Euro je Stück in der Anschaffung nachhaltiger, spart eventuell bereits eingeplante Kosten (Marktplatz derzeit bis zu 15.000,- Euro jährlich) und hilft Kontrollaufwand zu finanzieren.

Eine Stadt kann hundefreundlich sein, aber trotzdem sauber. Leinenzwang, Mitnahmeregeln im Bus, gekennzeichnete Hunde beim Behördenbesuch (Blinden-, Therapie- und andere Assistenzhunde), Auslaufmöglichkeiten, Hundeschulen, Gassi-Service usw. verbessern die Situation. Es lohnt sich, Bescheid zu wissen, was die eigene Stadt Mensch und Tier zu bieten hat. Erst recht bei Besuchern mit Tier ist es gut zu wissen, was vom Halter erwartet wird.

Punkt 10: Bewirtschaftung unserer Baumscheiben und Förderung geeigneter Nachbarschaftsinitiativen

Vorschlag: In stark frequentierten Stadträumen konnten wir mit dem Einfüllen eines Splitt-Brechsand-Gemisches erste Erfahrungen sammeln und die Optik damit verbessern sowie die Reinigung etwas erleichtern. Trotzdem sind auch hier Hundedreck, Kippen und Kaugummis ein ständiges Ärgernis. Aufklärung, Kontrollen und Strafen können nur mit entsprechendem Aufwand helfen, die Situation zu verbessern.

Eine schönere Ansicht kann bei der Pflege durch Anwohner und Anpflanzungen erreicht werden. Die Stadt hat schon vor Jahren das Ausbringen von einjährigen Pflanzen gestattet, entsprechende Pflege vorausgesetzt. Sehr gute Beispiele in der Seestraße bringen über Jahre schon guten Erfolg und ein schönes Stadtbild.

Begründung: In der Reinigungsklasse 3 sind ohnehin die Anwohner für den Gehweg und die Nebenanlage „zuständig“, aber natürlich nicht für Verschönerungen. Anreize zu setzen schafft aber eine gute Möglichkeit, gute Beispiele räumlich zu etablieren und Aufwand der öffentlichen Hand senken zu helfen. Wir sollten eine Diskussion darüber führen, wie die Bereitschaft der Anwohner unterstützt werden könnte.

Andreas Grund
Bürgermeister